



ISSN 2751-7918
Ausgabe 04 | 2022

GEMEINDERATSINFO

der Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Gemeinderatsfraktion

Halbzeit

Ein Rückblick auf zwei Jahre Karlsruher Stadtpolitik

Seite 20 bis 25,
34 und 35

Corona

Die Pandemie bestimmte oft die Kommunalpolitik. Waren die Maßnahmen angemessen?

Seite 4 bis 11

Finanzkrise

Unsere Position zu den wankenden Finanzen der Stadt. Welche Bauprojekte heizen die Krise an?

Seite 12 bis 15, 33

Klima

Karlsruhe möchte klimafreundlicher werden. Ideen und Vorschläge unserer Stadträte.

Seite 16 bis 19



fwfuer.de

Editorial

Wir starten mit dem neuen Jahr 2022 in die zweite Hälfte der Legislatur des Karlsruher Gemeinderates. Mit unseren drei Stadträten und dem Team der Geschäftsstelle wollen wir Ihnen einen Einblick in die vergangenen zwei Jahre unserer Kommunalpolitik geben: Wie ist die FW|FÜR Fraktion in Zeiten von Corona vorgegangen? Welche Entscheidungen des Stadtrates konnten wir mittragen und was sahen wir anders?

Mit einem Ausblick auf die zweite Hälfte der Legislatur wollen wir uns mit unseren verbleibenden politischen Zielen befassen: Was kommt noch auf unsere Bürgerinnen und Bürger zu?

Für Sie im Gemeinderat



Petra Lorenz
Stadträtin



Friedemann Kalmbach
Fraktionsvorsitzender



Jürgen Wenzel
Stadtrat

Impressum

ISSN 2751-7918

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Grafik, Fotos und Bilder: Gabriel Meier; Micha Schlittenhardt; Daniel Gräber; pixabay.de; unsplash.com
Text: Marius Meger; Daniel Gräber; Micha Schlittenhardt
Layout: Micha Schlittenhardt
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH
V.i.S.d.P.: Friedemann Kalmbach, Fraktionsvorsitzender



FW|FÜR Gemeinderatsfraktion
Haus der Fraktionen
Hebelstr. 13 | 76133 Karlsruhe
Fon: 0721 133 1096 | Mail: fwfuer@fraktion.karlsruhe.de

INHALT

Coronapolitik



Pam Menegakis
unsplash.com

Als im Jahr 2019 eine neue Legislaturperiode begann, hätte man nicht vermuten können, dass eine Pandemie um die Welt gehen würde. Politische Situationen sind entstanden, zu denen man keine Wahlprogramme schreiben konnte und mit denen man trotzdem umgehen musste. Länder, Städte und Kommunen waren neuen Herausforderungen ausgesetzt: Die Gesundheit wurde angegriffen, die Wirtschaft musste heruntergefahren und die Kontakte massiv eingeschränkt werden. Die Verantwortungsträger hatten Entscheidungen zu treffen, die den Willen des Volkes wiedergeben, aber trotzdem die Schwächsten der Gesellschaft schützen – das war und ist ein schmaler Grad. Wir, als Fraktion Freie Wähler und FÜR Karlsruhe waren um vieles besorgt und sahen uns als Stimme der Vernunft, die ein ganzheitliches Konzept in der Corona-Politik anstrebt und alle Aspekte und Konsequenzen der Corona-einschränkungen berücksichtigt. Wir wollen die Wirtschaft, das soziale Miteinander und politisch notwendige Entscheidungen in der Krise in eine bessere Balance bringen. Im Bezug auf die Wirtschaft in Karlsruhe bedeutet das auch mit den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern der Stadt zu reden. Sie wissen am besten, was sie in Zeiten der Krise brauchen. Nur über den schwierigen Zustand der lokalen Geschäfte der Stadt zu reden reichte der Fraktion nicht aus. Im Fokus unserer Politik stand immer, die Besitzerinnen und Besitzer so schnell wie möglich wieder in die Lage zu versetzten, ihr Geschäft erfolgreich und selbstständig führen zu können. Mehr dazu unter dem Punkt **Lokale Wirtschaft in Zeiten von Corona**.

Um die Wirtschaft am effektivsten zu unterstützen müssen wir direkt mit den Betroffenen sprechen. Sie wissen am besten, was Sie brauchen. Dann können wir Hilfsmittel gezielt einsetzen.

Thema: Corona

Dazu haben wir Anträge gestellt:

- Einbeziehung der Abwasseranalyse für eine genaue Prognose der Neuinfektionszahlen
- Einsatz für mehr Transparenz in der Coronapolitik
- Effektives Maßnahmenkonzept gegen Vereinsamung im Lockdown
- Unterstützung des Einzelhandels und der lokalen Wirtschaft durch Reduzierung von Gebühren und Auflagen während der Pandemie
- Neugestaltung der Coronapolitik durch den Einsatz von digitaler Infrastruktur für Gesundheitsämter und Stadtverwaltung (luca App)
- Besserer Zusammenarbeit von Gesundheitsamt und Krankenhäusern durch eine gemeinsame Datenplattform

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Wirtschaft in Zeiten von Corona

Unsere Fraktion hat sich in Zeiten der Pandemie besonders dem Einzelhandel und der Gastronomie in Karlsruhe zur Seite gestellt. Aufgrund zahlreicher Ladenschließungen und undurchsichtigen Maßnahmen litten Besitzerinnen und Besitzer der lokalen Geschäfte besonders. Vor allem wegen der Planungsunsicherheit und den eingeschränkten Möglichkeiten war es schwierig ihr Geschäft erfolgreich und selbstverantwortlich zu führen. Stadträtin Petra Lorenz setzte sich für schnelle und gezielte Unterstützung für den Einzelhandel und die Gastronomie in Karlsruhe ein: „Die Stadtverwaltung steht in der Verantwortung, vorbereitet zu sein und zu helfen. Wir müssen effiziente Lösungsansätze finden, um eine Insolvenzwelle in Karlsruhe abzuwenden. Gut, dass wir Unterstützung vom Bund und Land bekommen haben, aber auf Dauer müssen die Besitzerinnen und Besitzer wieder die Möglichkeit bekommen, den Erfolg ihres Geschäfts in die eigene Hand zu nehmen.“



„Gerade im Hinblick auf die vielen Einschränkungen, die auf die Läden in Karlsruhe eingeprasselt sind, muss die Politik umgehend mit den betroffenen Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzern Gespräche führen, denn die Ladenbesitzerinnen und Besitzer wissen selbst am besten, was sie benötigen.“, findet Stadtrat Friedemann Kalmbach. Eine starke Wirtschaft bedeutet ein starkes Karlsruhe mit mehr Attraktivität und mehr Handlungsspielraum. Gerade das Weihnachtsgeschäft, dass nun schon zum zweiten Mal unter Corona-Bedingungen stattfinden musste, findet in einer Zeit der hohen Inzidenzen und steigender Zahl der Corona-Patienten statt. Ein wiederkehrender Lockdown oder zu starke Einschränkungen an Weihnachten sorgen für gefährdete Existenzen.
„Es müssen Konzepte entwickelt werden, um Schließungen von Weihnachtsmärkten und weiteren Angeboten zu verhindern. Nach fast 2 Jahren Pandemie kann die Lösung nicht ein abgesagter oder exklusiver Weihnachtsmarkt sein. Da tragen wir Verantwortung für die Ständebesitzer“, sagt Stadtrat Jürgen Wenzel.
„Wenn andere Möglichkeiten zu Verfügung stehen, die einen Lockdown verhindern, dann sollten diese schnellstmöglich in ein Konzept für die kommende Weihnachtszeit gegossen werden“.
Die Stadt lebt von kulturellen Veranstaltungen und ihren Angeboten. Werden die Angebote der Stadt verringert, verringert sich auch die Attraktivität.

Thema: Wirtschaft

Das haben wir angestoßen:

- Eine direkte Kommunikation mit den Besitzerinnen und Besitzern lokaler Geschäfte
- Gezielte und schnelle Unterstützung für Unternehmen in Karlsruhe
- Ein Gesamtkonzept für Corona-Hilfen der Stadt Karlsruhe
- Unterstützung für Luca-App in Geschäften, Gastronomie und privaten Treffen
- Politische Entscheidung aufgrund Inzidenzzahlen und Abwasseranalyse

CORONAMASSNAHMEN

Lockdown und luca-App

An ein Leben im Lockdown wollen wir uns nicht gewöhnen. In Medien und Politik gilt der Lockdown als das letzte Mittel gegen steigende Inzidenzen und überlastete Intensivstationen. Auch Karlsruhe war im Lockdown und das gesellschaftliche Leben lag still: Schulunterricht wurde ins Kinderzimmer, das Studieren in die WGs und Wohnheime verlegt, Geschäfte wurden geschlossen und Treffen in Personengruppen beschränkt. Schon früh suchte die Fraktion nach neuen und effektiven Möglichkeiten den gesellschaftlichen Stillstand zu verkürzen. Noch ohne Impfmöglichkeit und mit überlasteten Gesundheitsämtern setzte man sich für eine verstärkte Nutzung der luca-Gesundheitsapp ein. Stadträtin Petra Lorenz äußerte sich zuversichtlich: „Der Digitalisierungsstandort Karlsruhe ist prädestiniert für den Gebrauch der App. Mit den Vorteilen der effektiven Übermittlung der Gesundheitsdaten und der einfachen Nutzbarkeit ist die Entscheidung für die Nutzung der luca-App sehr zu begrüßen. Wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, Geschäfte und Unternehmen mitmachen, rücken Gewerbeöffnungen und private Treffen wieder in den Bereich des Möglichen.“ Petra Lorenz sollte richtig liegen: Mittlerweile befindet sich die luca-App bei 41% aller Deutschen auf dem Smartphone. Das Ein- und Auschecken in der App bei Events, in der Gastronomie oder bei privaten Treffen erleichtert die Nachverfolgung von Infektionsketten und reduziert die Arbeit der Gesundheitsämter enorm. Die Fraktion sieht diese Entwicklung als ein gutes Zeichen. Trotz Fehler in der App, die beseitigt werden mussten, war es ein guter Start in eine neue Methode der Erfassung des Infektionsgeschens.

> „Karlsruhe ist Digitalisierungsstadort und prädestiniert für den Gebrauch der Luca-App. Die Vorteile der effektiven Übermittlung der Gesundheitsdaten und einfachen Nutzbarkeit sind sehr zu begrüßen.“

„Zu Beginn der Pandemie steuerten wir auf einen Eisberg aus Bürokratie in den Gesundheitsämtern zu. Das wir die Ämter durch den digitalen Fortschritt mit der luca-App entlasten konnten, ist ein gutes Zeichen und eine große Hilfe. Schade, dass erst eine Pandemie kommen musste, um uns mehr mit Digitalisierung auseinanderzusetzten.“, findet Fraktionsvorsitzender Friedemann Kalmbach.

Dass die luca-App in der Bevölkerung so großen Anklang findet, freut die Fraktion, die sich lange für die App einsetze:



NordWood Themes
unsplash.com

“Jede Hilfe, die das Gesundheitsrisiko minimiert und die Gesundheitsämter unterstützt ist willkommen. Das die Digitalisierung in diesem Bereich eine große Hilfe ist, weiteres Leben mit rapiden Einschränkungen zu vermeiden, stimmt uns sehr positiv. Und auch dass wir damals richtig lagen, für die App zu werben - auch wenn nicht alles fehlerlos verlief. Auch zeigt es, dass es möglich ist, Deutschland schnell - wenigstens in einem Bereich - zu digitalisieren, ohne eine kostspielige Tansformation. Die Menschen sind bereit gute Ideen in ihrem Leben einzubauen, wenn es gut gemacht und einfach zu bedienen ist.”, sagt Stadträtin Petra Lorenz rückblickend.

„Inzwischen ist die App auf fast jedem Handy zu finden und die Nutzung ist Routine geworden. Sicherlich wäre es uns lieber, wenn wir uns nicht ständig irgendwo anmelden müssten, um ein Geschäft oder Restaurant zu besuchen, aber solange es uns hilft, in der Pandemie ein normaleres Leben mit mehr Freiheiten aufrechzuerhalten, erscheint uns dies als beste Alternative.“, erklärt Stadtrat Jürgen Wenzel.

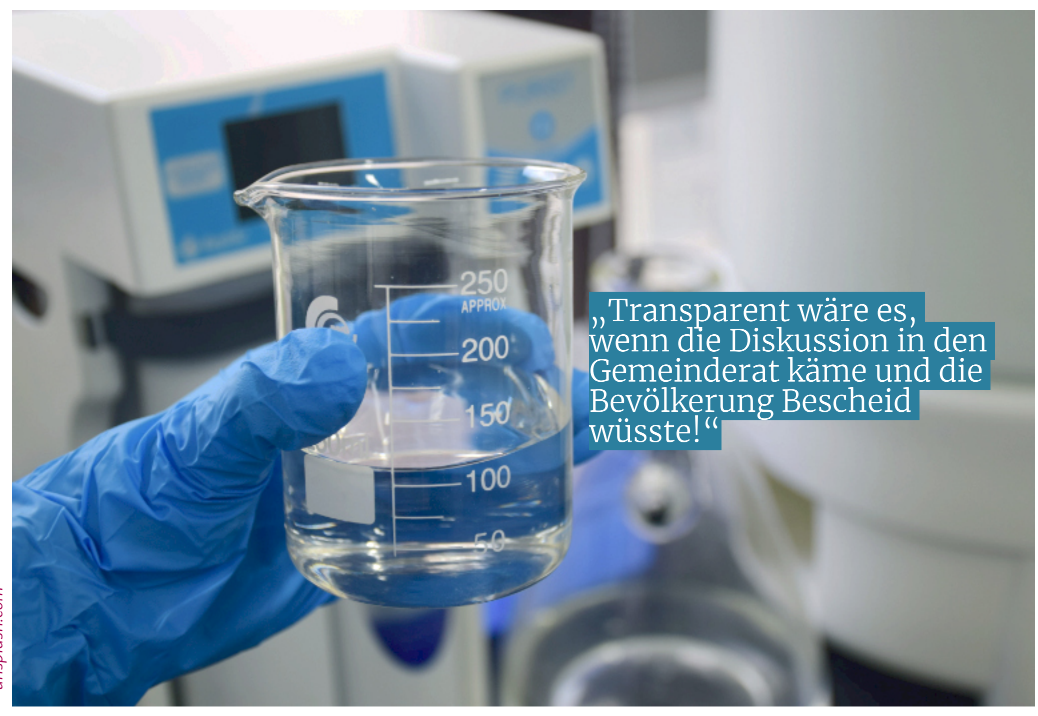
„Wichtig ist aber, die Normalität nicht zu vergessen. Wenn das Infektionsgeschehen sinken sollte und wir sehen, dass wir die Pandemie unter Kontrolle kriegen, dann muss auch eine innovative Ideen wie die luca-App nicht mehr sein.“, fügt Stadträtin Petra Lorenz hinzu.

CORONAMASSNAHMEN

Abwasseranalyse - ein hilfreiches Tool!

Die Einschätzung der pandemischen Lage in Deutschland wurde lange Zeit von den Inzidenzwerten ausgehend getroffen. Im Verlauf der Pandemie wurden auch weitere Faktoren wie Intensivbettenbelegung und die Situation der Krankenhäuser und Gesundheitsämter hinzugezogen. Der Fraktion war es lange Zeit ein Anliegen aus mehreren Perspektiven das politische Handeln abzuleiten. Deswegen machte man sich für das Abwassermonitoring stark. Dies ist eine Art Frühwarnsystem, das das Abwasser der Stadt analysiert und damit noch vor den Inzidenzwerten, die sich aus Testungen ergeben, die Tendenz des Infektionsgeschehen der kommenden Tage prognostiziert. Die Stadtverwaltung erhebt diese Daten der Abwassermonitoring-Methode schon länger. In der Öffentlichkeit wurde dies jedoch kaum thematisiert, denn Abwassermonitoring ist kein öffentliches Instrument, an das die Corona-Politik ausgerichtet wird. Die Fraktion Freie Wähler und FÜR Karlsruhe setzte schon früh auf die Abwassermonitoring-Methode und machte darauf aufmerksam. Gerne hätte man das Thema auch in der Gemeinderatssitzung diskutiert, jedoch war die Mehrheit im Ausschuss nicht der Meinung, dass eine Diskussion nötig sei. Stadtrat Friedemann Kalmbach sieht es anders: „Ich glaube, dass die Auseinandersetzung wichtig gewesen wäre. Vor allem, weil die Inzidenzen nicht die alleinige Aussagekraft haben. Auch der Oberbürgermeister verweist in seinen Pressekonferenzen immer wieder darauf, dass die Abwasserwerte die zukünftige Entwicklung der Inzidenzen anzeigen. Deshalb ist es unverständlich, dass dieses Instrument nicht für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung steht.“ Gerade die Allgemeingültigkeit der Inzidenzen ist problematisch:

Das Festmachen der Coronamaßnahmen an der Inzidenz ist schwierig und auch nicht mehr ausreichend. Gibt es an einem Ort in Karlsruhe viele Neuinfektionen, suggerieren die Inzidenzwerte ein breites Neuinfektionsgeschehen in der ganzen Stadt, was aber sehr ungenau ist. Die Abwasseranalyse ist deutlich differenzierter und wäre ein adäquates Zusatzmittel, um das Infektionsgeschehen zu beobachten. Wir müssen nicht nur auf eine Methode setzen, sondern leiten aufgrund vieler Daten unsere politsche Entscheidungen ab. Ein reines Festhalten an den Inzidenzen halten wir nicht mehr für angemessen.“, sagt Stadträtin Petra Lorenz und plädiert für eine Veröffentlichung der Abwasserwerte: „Transparent wäre es, wenn die Diskussion in den Gemeinderat käme und die Bevölkerung über das Infektionsgeschehen besser informiertwerden würde. Nichts spricht dagegen, transparente Politik zu machen und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.“



RephiLe Water
unsplash.com

„Transparent wäre es, wenn die Diskussion in den Gemeinderat käme und die Bevölkerung Bescheid wüsste!“

Die Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass das Thema auf die Agenda kommt. Ein erfolgreiches Tool, das das Infektionsgeschehen präzisiert, ohne das jemand getestet werden muss, gehört in den Standardwerkzeugkasten der Pandemiebekämpfung!



FINANZEN

Die Karlsruher Finanzkrise

Im Dezember 2021 kam der Gemeinderat zusammen, um über den Haushaltsplan und die Finanzen für die nächste zwei Jahre abzustimmen.
„Uns fällt es heute nicht leicht, eine Entscheidung zu treffen“, sagt Stadträtin Petra Lorenz, „aber wir legen bei all unseren Überlegungen das Augenmerk auf die Bürgerinnen und Bürger, denn sie haben uns ja schließlich gewählt. Noch nie musste man so viel Geld für alltägliche Dinge ausgeben. Viele Menschen waren in Kurzarbeit und die Preise für Gas, Strom und Benzin steigen rasant. Wer dann die Ausgaben für Großprojekte sieht, kann bei der Schieflage des städtischen Haushalts die Frage stellen, wie die Stadt für diese Kredite aufkommen soll? Wir sind schon so weit, dass wir Schulden mit Schulden bezahlen - und das sollte eigentlich alarmierend sein.
Deshalb können wir dem Haushalt so leider nicht zustimmen.“
Die Diskussion vor der Abstimmung entwickelte sich nach und nach zu einer hitzigen Debatte, die sich auf mehrere Gesprächsrunden ausweitete.
Zwei Fronten standen sich gegenüber: Die „Sparfraktionen“ – Freie Wähler | FÜR Karlsruhe, FDP und CDU – gegen die Fraktionen, die gerne mehr Geld ausgegeben hätten – trotz drohendem finanziellen Schiffbruch – angeführt von GRÜNE und SPD.
Die bürgerlichen Fraktionen machten deutlich, dass Ressourcen endlich sind. Das trifft auch auf die Finanzen der Stadt zu. Wenn der Gemeinderat jetzt nicht entsprechend handelt, könnte die Konsequenz sein, dass das Regierungspräsidium den Haushalt nicht genehmigt: „Wir fahren mit unserem Tanker mit offenen Augen auf den Eisberg zu und ändern trotzdem nicht den Kurs. Deswegen müssen wir den Entwurf leider ablehnen. Es fehlt uns einfach die vorausschauende Haushaltspolitik. Wir fordern von der Verwaltung Sparvorstellungen und zwar schon jetzt und nicht erst bei den Haushaltsplanungen in zwei Jahren.“, sagt Stadträtin Petra Lorenz im Gemeinderat.
In der zweiten Gesprächsrunde der Debatte kritisiert Stadtrat Friedemann Kalmbach die absurde Finanzsituation in der sich Karlsruhe befindet und dass trotzdem keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden:
„Unser Haushalt ist schon seit langer Zeit in dieser Situation – wir können nicht überrascht sein. Wir werden voraussichtlich mehr als 230 Millionen Schulden aufnehmen – pro Jahr! Da kann man nicht ruhig bleiben und sagen, dass wir das irgendwie hinkriegen. Sicherlich gibt es Dinge, die wir im Haushaltsplan gut finden, aber die Gesamtbetrachtung können wir einfach nicht nachvollziehen. Wir sehen keine Perspektive, wie die Schulden zurückgezahlt werden sollen.“
Trotz der großen Vorbehalte der bürgerlichen Fraktionen kam eine Mehrheit für den Beschluss des Haushalts zustande. Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup plädierte eindringlich für eine Zustimmung des Haushaltplans und zeigte sich enttäuscht über die fehlende Zustimmung der Fraktionen, die sich um die finanzielle Situation der Stadt sorgen.
Stadtrat Jürgen Wenzel entgegnet: „Wir wünschen uns ein attraktives Karlsruhe, das sich viel leisten, aber auch solide Finanzen aufweisen kann. Davon sind wir mittlerweile meilenweit entfernt. Dass der Oberbürgermeister für den Haushalt plädiert, verstehen wir. Allerdings stehen wir vor dem finanziellen Abgrund, der in zwei Jahren bereits überschritten sein könnte. Der Oberbürgermeister spricht in seinem Statement viel vom Gestalten, aber das Gestalten wird vorbei sein, wenn uns das Haushaltsrecht entzogen wird.“

In Karlsruhe fehlt die vorrausschauende Haushaltspolitik. Es braucht einen Finanzentwurf, der sich jetzt um die wankenden Finanzen kümmert und nicht erst in zwei Jahren.

FINANZEN DER STADT

Fatales Zeichen des Gemeinderates zum Badischen Staatstheater!

Die Kostenexplosion des Badischen Staatstheaters ist ein Dauerbrenner in der Fraktionsgemeinschaft und im Gemeinderat. Die Kosten der Sanierung des Badischen Staatstheaters ist von 125 Mio. Euro auf mittlerweile 572 Mio. Euro gestiegen. Nach der Ausschreibung von 125 Mio. sind die Kosten bis 2017 auf 320 Mio. angestiegen, inklusive Theaterplatz, Ausstattung und Interimslösung. Letztes Jahr kam es zum Kostenknall: Die Berechnungen erhöhten sich auf 508 Mio. Euro. Pikant: in einer Antwort der Verwaltung auf die Fraktion Ende 2020 hieß es, dass die 508 Mio. den Theaterplatz, Interimslösungen und Ausstattung beinhalten. Im Frühjahr 2021 heißt es, dass diese Kosten noch nicht berücksichtigt sind. Wer das für das Ende hielt, wurde eines Besseren belehrt: Durch die Einbeziehung der Kosten des Theatervorplatzes und der Innenausstattung landet der Preis für das Staatstheater bei 572 Mio. Euro.

Trotz der großen Bedenken wurde im Gemeinderat an der weiteren Sanierung des Staatstheaters festgehalten! Ein fatales Zeichen, so die Fraktion. Dabei brachten wir neue Ideen und Anträge in den Gemeinderat ein, um das finanzielle Risiko zu minimieren und eine Konzeption zu erarbeiten, die keine weiteren Kostenexplosionen bewirkt, aber trotzdem an einem Staatstheater im Herzen von Karlsruhe festhält. Stadtrat Friedemann Kalmbach und Jürgen Wenzel sprachen sich für diese Vorschläge im Gemeinderat aus: „Die grundsätzliche Vision eines Theaters, das Platz für Kultur bereithält, gefällt uns", meint Friedemann Kalmbach, "aber das Risiko, das Bauprojekt jetzt so fortzusetzen, ist auf der Seite von Karlsruhe und damit auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger." So sieht es auch Fraktionsvorsitzender Jürgen Wenzel: "Das Geld der Stadt und des Landes ist nicht das Geld der Stadt und des Landes, sondern Steuergeld.“ In den Antragsvorschlägen der Fraktion wurde vorgesehen, dass die Gesamtkosten des Großbauprojekts auf 311 Millionen Euro gedeckelt werden.

Das entspricht rund 200 Millionen weniger als in der Sitzung verabschiedet. Zusätzlich soll Ausschau gehalten werden, wie Kosten ausgeglichen werden können: Dabei sollen die Bürgermeister Verantwortung übernehmen und für weitere Spenden für dieses Projekt werben. Über alle weiteren Kostenanstiege sollte im Gemeinderat abgestimmt werden, um die Kontrolle zurück in die Hände der gewählten Vertreter der Stadt zu legen. Auch beklagte die Fraktion mangelnde Transparenz gegenüber der Bürgerschaft. Erst, wenn Klarheit über die tatsächliche Kostenperspektive besteht, sind realistische Abwägungen möglich.



Wenn die vorgesehenen Flächen für eine Fotovoltaikanlage am Badischen Staatstheater sich als sinnvoll und wirtschaftlich erweisen sollten, strebt die Fraktion an, diese an eine Bürgergenossenschaft aus Karlsruhe zu vergeben, um die Identifikation mit dem Bauprojekt zu verstärken.

In Zeiten der angeschlagenen Finanzen muss besonders abgewägt werden, ob die Investitionen notwendig und erschwinglich sind. Karlsruhe steuert auf einen immer größeren Schuldenberg zu. Neue überraschende Kosten kann die Stadt in der gegenwärtigen Situation nicht gebrauchen.

Enzo Lo Presti unsplash.com

KLIMASCHUTZ

Synthetische Kraftstoffe

Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) haben ihre Tankstellen für den Fuhrpark mit Verbrennungsmotoren auf die zukunftsweisenden synthetischen Kraftstoffe umgestellt, was die Fraktion sehr begrüßt.

Hierbei wird vorerst Gas-to-Liquid (GTL) eingesetzt. Zur Zeit betrifft die Umstellung auch die städtischen Kunden wie die KASIG und das Gartenbauamt. Ein weiterer Schritt kann dann die Umstellung auf ReFuels sein. Die Fraktion sieht darin einen wichtigen Schritt hin zur Klimaneutralität, bei der auch die Gegebenheiten mitberücksichtigt werden müssen: „Das die Verkehrsbetriebe diesen Schritt gewagt haben, ist sehr zu begrüßen. Es wird deutlich weniger Co2 ausgestoßen und die Stickoxide werden zu 50% reduziert. Zusätzlich muss der Motor des Fahrzeugs nicht umgebaut werden. Aufgrund dieser Vorteile setzen wir uns dafür ein, dass diese Kraftstoffe vermehrt in der Stadt eingesetzt werden.

Wir können unsere Stadtmobilität auf einfache Art und Weise klimafreundlich umgestalten, ohne kostspielige Umstellungen und Änderungen vornehmen zu müssen, die unseren Haushalt weiter belasten.“, sagt Stadtrat Friedemann Kalmbach. Eine Umstellung auf Power-to-X hatte unsere Fraktion in den letzten Jahren wiederholt gefordert. Deswegen brachte die Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Gemeinderat ein, um weitere städtische Unternehmen für synthetische Kraftstoffe zu gewinnen.

„Wenn wir diesen Schritt als Stadt gehen und eine Unterstützung der anderen Fraktionen erreichen könnten, dann wäre ein weiterer Schritt zu einem klimaneutraleren Karlsruhe getan. Wir bauen darauf, dass der Gemeinderat diese Innovation nicht ausbremsen wird. Das wäre ein positives Zeichen!“, äußerte Stadträtin Petra Lorenz.

KLIMASCHUTZ

Entsiegelung

Um für ein klimagerechteres Karlsruhe zu sorgen, wurde ein Antrag für die Entsiegelung von Parkplätzen in der Innenstadt gestellt:

„Wir müssen nicht die auf ein Auto angewiesenen Personen und dem Lieferverkehr das Autofahren in der Stadt verbieten, um Karlsruhe der Klimafreundlichkeit näherzubringen und die Stadt grüner zu gestalten.“, findet Stadträtin Petra Lorenz. „Wir können innovativ sein und Techniken umsetzten, die bereits erforscht sind und auf dem Tisch liegen. Die Entsiegelung der innerstädtischen Parkplätze ist ein Schritt, der niemanden weh tut und dem Klima sehr gut tut.“

Im Gemeinderat wurde der Antrag der Fraktion nun erfolgreich eingebracht. Der Vorschlag wurde auch von den anderen Fraktionen des Karlsruher Gemeinderates aufgenommen und wird von der Stadtverwaltung nun eingeplant:

Anstatt neue oder renovierungsbedürftige Parkplätze mit Bodenbelag wie Asphalt oder Beton, die luft- und wasserundurchlässig sind, zu versiegeln, will die Verwaltung Parkplätze sukzessive mit Rasengittersteinen und durchlässigen Rasenparkplätzen bebauen.

„Wir können uns über jede Möglichkeit glücklich schätzen, die Karlsruhe zu einem klimaschonenderen Ort macht und die Lebensqualität und Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger nicht einschränkt. Nach solchen Chancen sollten wir in Zukunft weiter Ausschau halten und innovative Ideen fördern“, resümiert Stadtrat Friedemann Kalmbach nach der erfolgreichen Gemeinderatssitzung.

KLIMASCHUTZ

Hitze-Notfallplan

Nach den jüngsten Hitzerekorden in Nordamerika und den Bränden und Hitzewellen in Südeuropa sieht die Fraktion deutliche Signale, Maßnahmen gegen extreme Wetterphänomene ergreifen zu müssen. Im Jahr 2018 beantragte die SPD-Fraktion die Konzeption eines Hitzeplans in Karlsruhe, jedoch wurden bis heute keine konkreten Schritte eingeleitet, um auf extreme Hitze vorbereitet zu sein - Das darf nicht weiter hinausgezögert werden:

„Wir sehen, dass Katastrophen keinen Bogen um Deutschland machen. Es ist gut, wenn Maßnahmen jetzt angestoßen werden, um bereit zu sein, wenn Karlsruhe betroffen sein sollte. Deswegen setzten wir uns für einen Verwaltungsstab zur Erstellung eines Hitze- oder Notfallplans im vergangenen Gemeinderat ein. Soweit es uns möglich ist, wollen wir die Bürgerinnen und Bürger von Karlsruhe schützen“, erklärt Stadtrat Jürgen Wenzel. Dieser Verwaltungsstab ist angelehnt an den Corona-Verwaltungsstab der Stadt Karlsruhe. Das umschließt Arbeitstreffen mehrerer Dienststellen und Akteure. Der Verwaltungsstab kommt, wie bei der Corona-Pandemie, aber nur zum Krisenfall zusammen, heißt es in der Antwort der Verwaltung. Dieser könne im Falle einer Katastrophe ad-hoc Entscheidungen oder Maßnahmen umsetzen. Seit 2019 wird deswegen eine Personalstelle für die Erstellung des Hitzeplanes gesucht, dafür wurden schon Projektmittel beantragt.

„Leider hat sich in der Sache der Projektstelle nicht viel getan”, so Stadtrat Friedemann Kalmbach, „wir begrüßen aber, dass durch unseren Antrag wieder Schwung in die Erstellung gekommen ist”. Im Gemeinderat forderte auch die SPD den Hitzeplan wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Der Gemeinderat wird sich dem Thema nun im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit annehmen.



Hitze von Grealt pixabay.com



KLIMASCHUTZ

Landwirtschaft

In der Gemeinderatssitzung im Juli 2021 setzten die Freien Wähler und FÜR Karlsruhe die Untersuchung und Wiederherstellung landwirtschaftlicher Flächen auf die politische Agenda. Im Antrag der Fraktionsgemeinschaft wird darauf aufmerksam gemacht, dass Karlsruhe auf neue Flächen angewiesen ist und deswegen eine genaue Auflistung der bestehenden Flächen und, ob diese nutzbar sind oder nutzbar gemacht werden können, notwendig ist.

„In den vergangenen Jahren wurden der örtlichen Landwirtschaft immer mehr Flächen entzogen. Dabei wollen wir doch die lokalen Landwirte bestmöglich unterstützen und lokale Landwirtschaft fördern“, meint Fraktionsvorsitzender Jürgen Wenzel. Die Stadtverwaltung antwortete auf den Ergänzungsantrag, dass eine Altlastenbearbeitung seit 1987 systematisch landesweit stattfindet. Aus der Antwort geht hervor, dass derzeit 31 kommunalen Flächen Altlasten aufweisen, also eine Boden- oder Grundwasserverunreinigung nachgewiesen wurde. Die Bearbeitung der Flächen ist insoweit fortgeschritten, dass gesundheitliche Gefährdungen ausgeschlossen und Beeinträchtigungen des Grundwassers bekannt sind. Erforderlichenfalls sollen diese mit entsprechenden Sanierungsverfahren behandelt werden.

“Wir freuen uns, dass das Anliegen von Seiten der Stadt ernst genommen wird und ein ausführlicher Bericht in Kürze zugesagt wurde. In Karlsruhe müssen wir dringend Flächen, die verunreinigt sind, renaturieren”, heißt es aus der Fraktion.

Die Verwaltung hatte in ihrer Antwort zusätzlich zugesagt, dass das Thema auf die Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit gesetzt wird und man sich die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Flächen widmen wird, um neue Fläche für die lokalen Landwirte zu erschließen.

STADTRÄTE

Rückblick der Stadträte

Mit drei Stadträten ist die Fraktionsgemeischaft der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe im Karlsruher Gemeinderat vertreten. Bei der vergangenen Karlsruher Kommunalwahl 2019 traten zehn Parteien oder Wählervereinigungen zur Wahl an - alle haben es in den Karlsruher Gemeinderat geschafft. Von den 48 Sitzen im Gemeinderat haben die Freien Wähler zwei Sitze gewonnen - FÜR Karlsruhe einen. Um eine Fraktionsgemeinschaft im Gemeinderat bilden zu können, werden mindestens drei Sitze benötigt. Durch die Bildung einer Fraktion und der Bündelungen der Sitze entsteht die Möglichkeit, den Willen der Wählerinnen und Wählern mit mehr Stimmen Gewicht zu verleihen. „Freie Wähler“ und „FÜR Karlsruhe“ bildeten in der vergangenen Legislaturperiode bereits eine Zählgemeinschaft. Nun entschied man sich mit der Zusammenarbeit als Fraktion für eine Politik der gesunden Mitte und Bürgernähe. Gemeinsam bildet die Fraktionsgemeinschaft Freie Wähler und FÜR Karlsruhe die achte Fraktion im Karlsruher Gemeinderat. Vertreten wird die Fraktionsgemeinschaft durch drei Stadträte: Fraktionsvorsitzender Friedemann Kalmbach (FÜR Karlsruhe), stellvertretender Fraktionsvorsitzender Jürgen Wenzel (Freie Wähler), und Stadträtin Petra Lorenz (Freie Wähler).

Als Fraktionsgeschäftsführer und Büroleiter fungiert Micha Schlittenhardt (FÜR Karlsruhe).

Nach den ersten beiden gemeinsamen Amtsjahren ist es Zeit für einen kurzen Blick zurück: Was war politisch wichtig? Lief die Zusammenarbeit in der Fraktion gut? Was konnte man bewegen und bei welchen Themen schüttelt man eher den Kopf? Und was wird sich in den kommenden zwei Jahren noch verändern?

Auf den folgenden Seiten äußern sich die Stadträte mit ihrem Blick der Dinge:

Jürgen Wenzel wird einen Rückblick auf seine Zeit als Fraktionsvorsitzender geben. Petra Lorenz resümmiert ihre Zeit als Stadträtin und als Kandidation für die Oberbürgermeisterwahl. Der neue Fraktionsvorsitzende Friedemann Kalmbach wirft eine Blick voraus auf die kommenden zwei Jahre im Gemeinderat.



STATEMENT

Jürgen Wenzel: Arbeit als Vorsitzender

Unsere Fraktion ist ein gutes und eingespieltes Team, weil wir drei Fachleute in Ihren Bereichen haben. Petra die Fachfrau für Finanzen, Handel und Wirtschaft, Friedemann der Fachmann für Jugend, Soziales und Sport und letztlich mich als Zuständigen für Stadtentwicklung, Planung, Sicherheit und Bürgerbeteiligung. Es macht Spaß mit Menschen zu arbeiten, die ihr Handwerk verstehen. Gemeinderatsarbeit - vor allen in den Ausschüssen - ist immer dann mühsam, wenn nicht auf Sach- sondern auf ideologischer Ebene diskutiert wird. Wenn eine Partei eine Netto-Null-Versiegelung will, dann kann man mit ihr weder dringend benötigten Wohnraum schaffen, noch neue Arbeitsplätze für die Stadt generieren, wenn man keine neuen Gewerbegebiete ausweist. Was letztlich bedeutet – kein Gewerbe – keine Gewerbesteuer – keine Einnahmen für die Stadt. Gerade in den Ausschüssen in denen ich bin: Bau- und Planungsausschuss und den Umlegungsausschuss geht es um Stadtentwicklung, Infrastrukturmaßnahmen und Wohnungsbau. Da muss man in der Lage sein, in Jahrzehnte zu denken und kommende Generationen zu berücksichtigen. Daher war es mir stehts ein großes Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Alles natürlich ehrenamtlich neben meiner selbstständigen Arbeit. Daher freue ich mich darauf, dass ich mit der Übergabe des Fraktionsvorsitzes an Friedemann wieder etwas mehr Zeit für Beruf und Arbeit habe. Gerade in diesen schweren – von Corona geprägten - Zeiten brauchen meine Mitarbeiter mich mehr als je zuvor. Als Vorsitzender habe ich mich als Trainer und Vermittler verstanden der eine Team führt und der die Stärken seiner Mitstreiter optimal in den Vordergrund bringt. Daher ist es auch notwendig, sich selbst zurückzunehmen.

„Man muss in der Lage sein, in Jahrzehnte zu denken und kommende Generationen zu berücksichtigen.“

STATEMENT

Petra Lorenz: Rückblick

Halbzeit! Die Zeit verging rasend schnell und nun bin ich mittendrin! Viele Termine, viele neue Aufgaben. Es war die absolut richtige Entscheidung, mit FÜR Karlsruhe eine Fraktion zu bilden. Wir sind ein tolles Team und ergänzen uns in den verschiedenen Schwerpunkten ideal. Auch menschlich passt es super. Ich glaube, das ist, was unsere Fraktion ausmacht. Im Wirtschaftsförderungsausschuss kann ich meine Erfahrung als Unternehmerin sehr gut einbringen, wie auch in der Strukturkommission. Da geht es um eines der wichtigsten Themen in unserer Stadt: ums Geld! Der Ausschuss für Menschen mit Behinderung ist mir eine Herzensangelegenheit. Durch einen Verkehrsunfall ist in meiner Familie auch ein Rolli-Fahrer und ich erlebe oft hautnah, mit welchen „Hürden“, im wahrsten Sinne des Wortes, noch gekämpft werden muss. Der Kulturausschuss und die Kunstkommission runden meinen Wirkungskreis facettenreich ab. Eine riesige Erfahrung war meine Kandidatur zur OB-Wahl. Auch wenn ich es nicht geworden bin, möchte ich diesen Teil meiner politischen Arbeit nicht missen. In meiner Arbeit als Stadträtin ist es mir besonders wichtig, mit den Menschen zu sprechen und Ihre Anliegen ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen. Das ist es, was auch unsere Fraktionsgemeinschaft ausmacht: Es geht um die Sache und nicht Vorgaben der Landespartei, oder um rechts oder links. Positiv überrascht hat mich der kollegiale Umgang unter den (meisten) Gemeinderatsmitgliedern, negativer als angenommen sind die zähen Verwaltungsprozesse. Sorgen bereitet mir die finanzielle Situation unserer Stadt und die Entwicklung der Innenstadt. Mit voller Energie gehe ich in die zweite Halbzeit um mich für Karlsruhe und seine Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.



STATEMENT

Friedemann Kalmbach: Ausblick

Das politische Tagesgeschäft verlangt oft so viel Aufmerksamkeit, dass man den Überblick verliert. Aber gerade in Krisenzeiten muss man die Übersicht behalten. Petra Lorenz und Jürgen Wenzel warfen den Blick auf die vergangenen zwei Amtsjahre. Ich werde einen Ausblick auf die nächsten zwei Jahre wagen: Welche Prozesse laufen gerade in unserer Stadt? Was wird uns begleiten und welche davon werden uns weiter beschäftigen?

Digitalisierung

Wir stehen vor einem gewaltigen Umbruch - vor allem in der digitalen Welt. Dies wird Arbeitsplätze schaffen, aber auch dazu führen, dass Menschen nicht mitgenommen werden. Diesen Menschen muss unsere Aufmerksamkeit gelten. Als Beispiele wären zu nennen, dass KVV-Kunden, die kein Smartphone haben oder Menschen, die mit der digitalen Stadtverwaltung nicht zurechtkommen, sich häufig abgehängt fühlen. Diesen Menschen muss unsere Aufmerksamkeit gelten. Die Digitalisierung schafft auch immer weniger Berührungspunkte und das in atemberaubendem Tempo. Aus diesem Grund werden wir dafür kämpfen, dass dieser wichtige Aspekt in den Quartieren gefördert wird: Begegnungen, miteinander Reden und Lachen, einander zuhören, Raum schaffen für Begegnung, besonders auch in der Zeit nach Corona, auf die wir hoffen.

Wirtschaft

Karlsruhe verliert den Bezug zur Wirtschaft. Es wurden Steuern erhöht und versucht, damit die Stadtfinanzen zu retten. Gleichzeitig haben sich einige größere Firmen aus Karlsruhe verabschiedet und sind ins Umland abgewandert. Warum? Meist, weil Karlsruhe zu langsam agiert und die Baustandards deutlich höher sind als im Umland. Karlsruhe kann beim besten Willen nicht als gewerbefreundlich bezeichnet werden. Dass dies anders wird, sehen wir als unsere Aufgabe.
Wir wollen einen Beitrag leisten, damit Prozesse in der Verwaltung schneller laufen, gewerbliches Bauen unkomplizierter wird und die richtigen Firmen, die zu Karlsruhe passen, nicht abwandern, sondern weitere den Weg hierher finden und dann bleiben!

Verkehrswende

Wem gehört die Stadt? Den Autos, Fahrrädern, Fußgängern oder, oder...?
Wir erkennen, dass wir in einem Umbruch zu mehr Klimafreundlichkeit stehen und die Stadt unter diesem Aspekt neu gesehen werden muss. Das muss aber im Miteinander geschehen. Pragmatische Lösungen und nicht schematische Lösungen werden gefragt sein! Wir werden uns einbringen für ein Miteinander der Verkehrsarten. Der öffentliche Nahverkehr muss bezahlbar und vor allem qualitativ besser werden.



Klimawende

Nicht Panik, sondern kluges und entschiedenes Handeln ist angesagt. Angst wird uns nicht den Weg weisen. Investieren in neue Technologien, Voranbringen der erneuerbaren Energien und Reduktion des Verbrauchs -unter anderem durch kluge Sanierung der städtischen Gebäude. Ganz gewiss wird auch jeder Bürger gefragt sein, seinen Beitrag zu einer gelingenden Energiewende beizusteuern.

Finanzen

Die Stadt kann nicht für alles und jeden verantwortlich sein und wir müssen von unseren hohen Gold-Standards herunter. Der Haushalt muss wieder ins Lot kommen. Dazu werden wir kürzen müssen und zwar gewaltig und mutig. Schulden kann man machen, wenn damit Werte geschaffen werden. Wenn aber die Schulden durch neue Schulden zurückbezahlt werden sollen, ist das ein gefährlicher Weg, dem wir entschieden entgegenstehen. Richtig investieren in die Zukunft - also in einige wenige Dinge - werden den Erfolg von Morgen ausmachen.

ARBEIT IM GEMEINDERAT

Wo kann man mehr über die Arbeit der Fraktion erfahren?

Nicht nur während der öffentlichen Sitzungen im Gemeindearbeit oder in den themenspezifischen Ausschüssen sind die Stadträte der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe präsent, sondern auch **online**, in den **sozialen Medien** oder auf **YouTube**.

Mit Podcast, Statements und Einblicken in die Kommunalpolitik will die Fraktionsgemeinschaft die Bürgerinnen und Bürger über die politischen Entscheidungen informieren und in den Entscheidungsprozess involvieren. Regelmäßig erscheinen dazu Gespräche unter den Stadträten, die sich einen Gast eingeladen haben, um über ein Problem, eine Situation oder einen Sachverhalt zu diskutieren und Ideen auszutauschen.
Diese Gespräche findet man als Videoformat auf dem YouTube-Kanal der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe Fraktion oder als Podcast auf Spotify.

Noch vor den ersten Pressemeldungen und Zeitungsberichten gibt es die ersten Zitate, Statements und Einblicke in die Fraktionsarbeit auf Instagram. Wichtige thematischen Eckpunkte werden dort prägnant gebündelt und auf die wichtigsten Messages beschränkt.



Freie Wähler und FÜR Karlsruhe Fraktion


AUF FACEBOOK & INSTAGRAM
facebook.com/fwfuer
instagram.com/fwfuer.de


UNSER TELEGRAM-KANAL ALS ABO
t.me/fwfuer


AUF TWITTER
twitter.com/fwfuer


UNSER NEWSLETTER
fwfuer.de/newsletter

Bitte beachten Sie unsere
Hinweise zum Datenschutz: fwfuer.de/datenschutz

ARBEIT IM GEMEINDERAT

Wer ist Teil unseres Teams?

Im Gemeinderat wird die Fraktionsgemeinschaft Freie Wähler und FÜR Karlsruhe von Jürgen Wenzel (FW), Petra Lorenz (FW) und Friedemann Kalmbach (FÜR) vertreten. Dahinter arbeitet ein Team, welches für die Organisation und die Öffentlichkeitsarbeit der Franktionsgemeinschaft zuständig ist.

Micha Schlittenhardt arbeitet seit dieser Legislaturperiode als Fraktionsgeschäftsführer der Fraktionsgemeinschaft. Die politischen Vorhaben, die Organisation der Gemeinderatsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit laufen hier zusammen.
Gabriel Meier produziert als Referent für Medien den Auftritt der Fraktion in den sozialen Medien. Newslettern und Videobeiträge werden von ihm gestaltet und entwickelt. Maßgeblich leitet er den öffentlichen Auftritt der Fraktion durch die Produktion des Podcast - „die Lage in Karlsruhe“.
Mit ihm zusammen arbeitet **Daniel Gräber**. Als Referent für Öffentlichkeitsarbeit sorgt er dafür, dass die Arbeit der Stadträte durch einen ansprechenden Auftritt in verschiedenen Kanälen leicht zugäglich ist. Dazu werden Artikel veröffentlicht, Informationsvideos über die Politik der Fraktion erstellt und Inhalte über Instagram, Facebook und Telegram geteilt.
Für die Textproduktion ist **Marius Meger** zuständig. Er arbeitet seit 2021 als Texter im Team der Fraktionsgemeinschaft. Pressemeldungen, Texte in Flyern und Artikel über die Arbeit der Stadträte im Gemeinderat werden von ihm verfasst und korrigiert.



DAS WAR UNS WICHTIG

ÖPNV attraktiver gestalten

Karlsruhe lebt von der belebten Innenstadt und dass die Bürgerinnen und Bürger sie gut erreichen können. Zur Zeit wird das Stadtbild noch von vielen Baustellen und Verkehr geprägt. Deshalb wollen wir den ÖPNV attraktiver gestalten. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn nur gelingen wird, wenn einerseits die Kostenseite attraktiv ist und anderseits die Qualität stimmt.

Deswegen ist es unvermeidlich, dass alle Stadtgebiete und Stadtteile gut erschlossen sind und alle Haltestellen oft befahren werden. In Wien, wo es das 365 Euro Jahresticket schon seit 2012 gibt, wohnen 96 Prozent der Stadtbevölkerung nicht weiter als 500 Meter von der nächsten Haltestelle entfernt. Erreichbarkeit ist ein entscheidendes Kriterium. Der Fußweg zum Bus oder zur Bahn darf nicht länger dauern als die Fahrt an sich. Es muss attraktiver sein in die Bahn zu steigen, als das Auto auszuparken.

Das kann gelingen, mit den richtigen Anreizen und attraktiven Angeboten, die die Umstellung erleichtert.

> Die Qualität muss ebenso stimmen, wie Zuverlässigkeit und Kundenfreundlichkeit.



Enzo Lo Presti unsplash.com



Ehrenamt von bhossfeld pixabay.com

DAS WAR UNS WICHTIG

Ehrenamt stärken!

Mit zwei Anträgen haben die Fraktion der Freien Wähler und der Wählergruppe FÜR Karlsruhe auf die Würdigung der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger aufmerksam gemacht. Einer der Anträge kam auf die Tagesordnung des Forum Ehrenamtes im Südwerk.

“Neben den Ehrennadeln und Urkunden, sowie Besuchen zu feierlichen Veranstaltungen, suchen wir nach einer Möglichkeit, wie Ehrenamtliche ermutigt und in ihrer Arbeit gewürdigt werden können”, erklärt Stadtrat Friedemann Kalbach, der mit der Nehemia Initiative viel Erfahrung im Bereich Ehrenamt sammeln konnte. “Im Austausch beim Forum Ehrenamt wurde mir klar, dass eine Form der Würdigung auch durch eine Erleichterung beim Umgang mit den Behörden geschaffen werden kann”. Die Stadtverwaltung arbeitet derweil an einem Konzept, dass in diese Richtung gehen könnte, so heißt es in der Antwort:

„Die Frage der Koordination der Verwaltungsvorgänge bei der Antragstellung für Veranstaltungen im öffentlichen Raum gemeinnütziger Vereine und Verbände ist an das Förderprogramm „Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse – VigI“ der Stadtkämmerei geknüpft, welche derzeit ein neues Konzept entwickelt“, sagt Friedemann Kalbach. Daneben soll es eine Informationsveranstaltung zur Initiative des Landes Baden-Württemberg im Blick auf das Ehrenamt geben. Das Thema soll wieder verstärkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Fraktion begrüßt das sehr!

ZUKUNFT

Welche Themen kommen auf uns zu?

In der zweiten Hälfte der Legislatur kommen weiterhin wichtige Themen auf die Tagesordnung der Karlsruher Stadtpolitik. Die Karlsruher **U-Bahn** wurde endlich eingeweiht und in Benutzung genommen - ein Projekt, das der Stadt eine neue Facette bietet, aber das auch neue Diskussionspunkte hervorruft

Das Thema **Sicherheit** war in der Vergangenheit schon öfter ein Thema im Gemeinderat und wurde angeregt diskutiert - auch im Podcast der Fraktionsgemeinschaft wurde darüber gesprochen. Die Sicherheit in Karlsruhe wird auch in den kommenden Jahren Thema bleiben, denn das Sicherheitsgefühl in der Stadt muss verbessert werden und ein Sicherheitssystem an belebten öffentlichen Plätzen wird von der Fraktion befürwortet.

Der **Karlsruher Finanzhaushalt** war ein Megathema der vergangenen Monate. Der Karlsruher Gemeinderat billigte den vorgelegten Doppelhaushalt der Verwaltung trotz drohendem finanziellen Schiffbruch. Die bürgerlichen Fraktionen mit den Stimmen der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe warnten eindringlich vor den drohenden Konsequenzen, wenn nicht bald ein Umdenken stattfinden sollte.





ZUKUNFT

U-Bahn in Karlsruhe

Die Karlsruher U-Bahn-Linie ist eingeweiht. Die Fraktion hat das Vorzeigeprojekt der Stadt mit kritischem Auge verfolgt. Die Betriebskosten von mehr als 30 Millionen Euro jährlich tragen einen wesentlichen Teil zur angespannten Haushaltslage der Stadt bei.

„In Zeiten der finanziellen Not hätten wir ein günstigeres Prestigeprojekt bevorzugt.“, kommentiert Stadtrat Jürgen Wenzel. Am Ende des Bauvorhabens gibt es neben der Euphorie auch Ernüchterung. Die vielen Ein- und Ausgänge der U-Bahn und die Schwierigkeiten bei einem Gleiswechsel sorgen für Unübersichtlichkeit und unnötige Komplikationen.

Positiv könnte die U-Bahn auf die Diskussion über die Abschaffung der Stempelkarten der KVV einwirken. Nach großer Kritik an der Abschaffung der Stempelkarten hat der KVV reagiert und als Lösung die Einführung von selbst entwertbaren Fahrkarten beschlossen. Smartcards und Entwerterautomaten, die von der Fraktionsgemeinschaft befürwortet worden sind, wurden als aus der Zeit gefallen und zu teuer gewertet. „Das ist eine große Enttäuschung“, bringt es Fraktionsvorsitzender Friedemann Kalmbach auf den Punkt. Die Idee der Smartcards ist nicht neu, aber ein System, dass sich in den letzten Jahren zu einer universellen Lösung für den ÖPNV, Bäder und Museen gemausert hat. Zusammen mit den Freien Wählern im Landkreis hatte man dies als zukunftsfähige Lösung ohne Papier und ohne Smartphone-Zwang eingebracht.

„Nach dem Aufschrei unter den Parteien im Land- und Stadtkreis habe ich mir ein Vorgehen Richtung Erhalt der Stempelfahrkarten bis zur Schaffung einer zukunftsfähigen Lösung wie den Smartcards gewünscht“, erklärt Kalmbach, „doch war von dem nichts mehr zu spüren“.

Die selbstentwertbaren Fahrkarten befrieden nun die Diskussion in der Öffentlichkeit, aber sind keine moderne Lösung, sondern ein noch größerer Rückschritt und kaum kontrollierbar, befindet die Fraktion abschließend.

ZUKUNFT

Sicherheit auf öffentlichen Plätzen

Das Thema Sicherheit auf öffentlichen Plätzen wird für die Fraktionsgemeinschaft ein weitehin wichtiges Thema bleiben. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich an vielen Plätzen in Karlsruhe nicht mehr sicher nach Angriffen an Karlsruher Haltestellen. Lange war es im Gemeinderat ein bestimmendes Thema: Die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen sollte erhöht werden.

Konkret wurde es durch ein mit der EnBW angestoßenem Pilotprojekt (SAVAS+) zur Gefahrenprävention auf dem Europaplatz. Dieses Pilotprojekt war ein innovatives System, welches Einsatz- und Rettugskräfte rechtzeitig alarmiert, ohne dabei in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen.

Im Fall des Europaplatzes hätte es sich deshalb nicht um ein Überwachungssystem, sondern ein Melde- und Alarmsystem gehandelt, bei dem Menschen nicht erkennbar sind, sondern Polizei und Hilfskraft informiert werden, wenn etwas Auffälliges passiert. Eine klassische Kameraüberwachung wäre im Falle des Europaplatzes nicht zulässig, da es sich nicht um einen sozialen Brennpunkt mit hoher Kriminalität handelt. Dieses Pilotprojekt ist aber an einer Mehrheit im Gemeinderat gescheitert.

Trotzdem wird die Fraktionsgemeinschaft weiterhin für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger werben: „Mit dem vom Gemeinderat verhinderten Sicherheitssystem hätte das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden können. Ein System, welches die Privatsphäre achtet, aber trotzdem zur Sicherheit beiträgt, wäre eine gute Lösung gewesen.“, findet Fraktionsvorsitzender Friedemann Kalmbach.





ZUKUNFT

Finanzkrise

Schon lange beschäftigt die schwere Finanzkrise der Stadt die Fraktionsgemeinschaft. Die Verschuldung der Stadt schreitet immer weiter voran. Dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2022 und 2023, die die Stadtverwaltung vorgelegt hat, konnte von der Fraktion nicht mitgetragen werden:

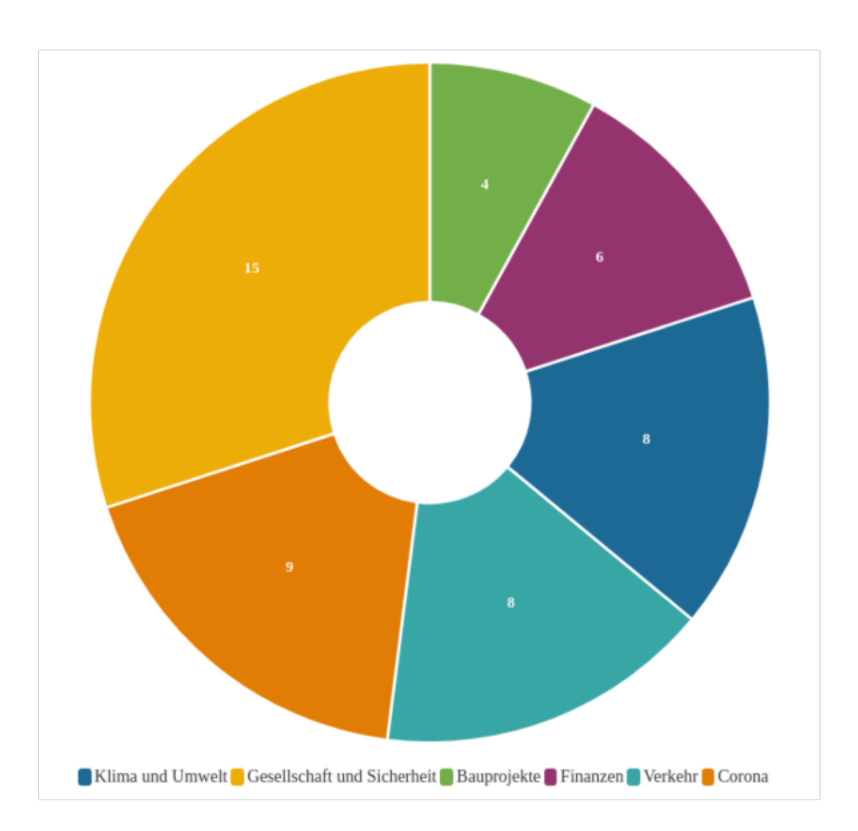
„Wir können mit unserem städtischen Haushalt nicht machen, was wir wollen. Schon zu unserem vorangegangenen Haushalt haben wir Auflagen bekommen, also, dass wir auf unsere Ausgaben besonders achten müssen. Bei dem neuen Haushalt für die kommenden zwei Jahre wird die Schere zwischen höheren Ausgaben und weniger Einnahmen noch weiter aufgehen.“, sagt Stadtrat Friedemann Kalmbach im Podcastgespräch der Fraktionsgemeinschaft. Es drohen Schulden in Milliardenhöhe! Die Streichung aller freiwilligen Investitionen, die das Bild der Stadt verbessern und das Leben in Karlsruhe attraktiver macht, müssen gestrichen werden: „Sollte das Regierungspräsidium unseren Haushalt wegen zu hoher Schulden kontrollieren, dann kann Geld nur noch für Pflichtaufgaben ausgegeben werden. Also Dinge wie die Versorgung im sozialen Bereich. Das wäre sehr schmerzhaft, weil eigene individuelle Projekte der Stadt dann auf lange Zeit nicht mehr umsetzbar wären.“, weiß Stadträtin Petra Lorenz.

Die Fraktion sieht den Handlungsspielraum, um weitere Auflagen zu vermeiden, im Einsparen von den überbordenen Ausgaben. Die Einnahmen zu erhöhen durch weitere oder höhere Steuern wäre der falsche Ansatz. Die Stadtverwaltung muss einen nachhaltigen Ausgabenplan erstellen, um einen noch größeren Schuldenberg zu verhindern.

UNSERE ARBEIT IN ZAHLEN

Anträge

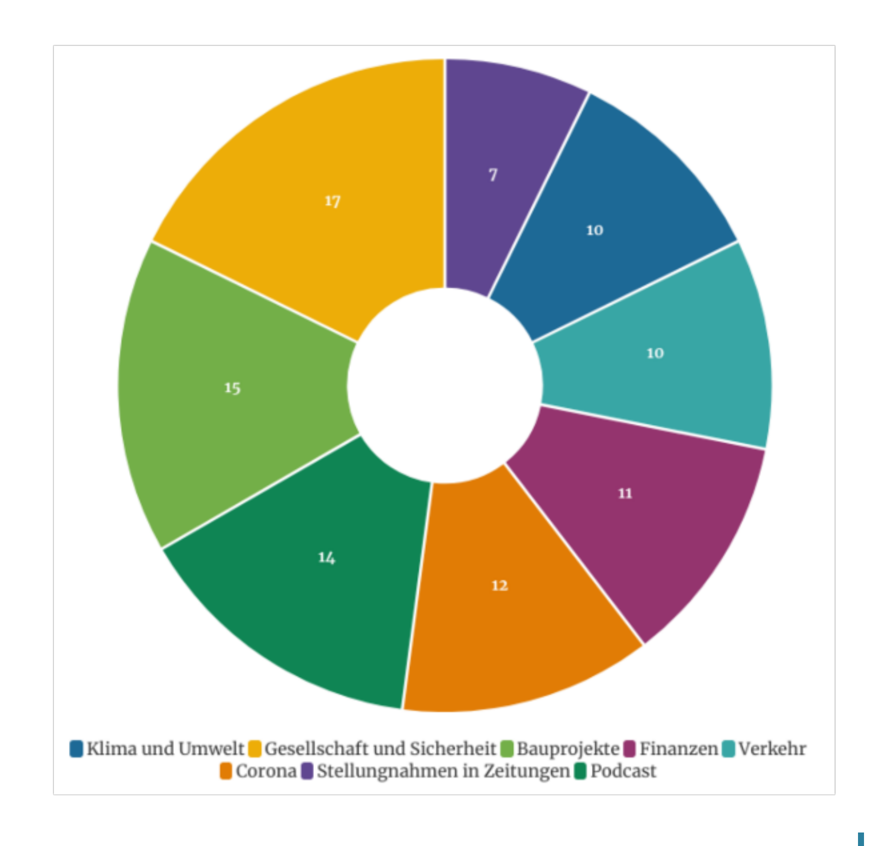
In den vergangenen zwei Jahren hat die Fraktion **50 eigenständige Anträge** in den Gemeinderat eingebracht. Diese behandelten die Themen Klima und Umwelt, Karlsruher Staatstheater, Verkehr, Gesellschaft (Kitas, Schulen, Ehrenamt, Angebote, Kunst und Kultur...), Finanzen und Corona. Dabei nimmt das Thema Gesellschaft und Sicherheit die Spitzenposition ein. Vorallem die gesellschaftlichen Folgen der Coronapandemie beschäftigte die Fraktionsgemeinschaft. Aber auch das Bauprojekte und Finanzen, zwei verwandte Bereiche, waren große Themen im Gemeinderat.
Ein Thema, was in der vergangenen Legislatur keine Rolle spielte und neu mit dabei ist, ist Corona, welches auch in nahezu jedem anderen Bereich präsent ist.



UNSERE ARBEIT IN ZAHLEN

Pressemeldungen

Nicht nur die Anträge müssen in den Gemeinderat eingebracht werden, um Themen in den politischen Diskurs zu bringen, sondern auch Pressemeldungen verfasst werden. Diese beschäftigen sich wie die Anträge zu aktuellen Themen in Politik und Gesellschaft, jedoch sind sie weniger detailreich, sondern wollen das Anliegen der Fraktionsgemeinschaft angemessen, aber verständlich darstellen. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode wurde **96 Pressemeldungen** geschrieben und veröffentlicht. Zu den bereits bekannten Themen kommen die Bereiche Podcast und Stellungnahmen in Zeitungen hinzu.















DIE LAGE IN KARLSRUHE

Die Lage in Karlsruhe

Politik-Podcast aus dem Gemeinderat

UNSER PODCAST

Abonnieren Sie uns!

Anhören auf Apple Podcasts

Bei Google Podcasts anhören

Listen on amazon music

LISTEN ON Spotify

Bitte beachten Sie unsere
Hinweise zum Datenschutz: fwfuer.de/datenschutz